



EVP info

INFORMATIONEN DER EVANGELISCHEN VOLKSPARTEI AARGAU

Fehlt die Energie für die Energiepolitik?

Die Energiepolitik ist nicht einfach. Für gute Lösungen sollte man die Entwicklung der Energietechnologie und auch der Gesellschaft über mehrere Jahre voraussehen können. Wie positioniert sich die EVP?

VON DR. ROLAND BIALEK
GROSSRAT, BUCHS



Wieder einmal prallen im Grossen Rat ideologische Gedanken hart aufeinander. Während die eine Seite düstere Szenarien malt, wickelt die andere alles in schöne Worte. Allerdings wechseln die düsteren Szenarien und die schönen Worte je nach konkreter Frage die politische Seite. Gibt es nun genug Energie, dass man nicht sparen muss, oder gibt es zu wenig, dass man Kernkraftwerke bauen muss? Schon rutscht die Diskussion in einen Streit um die Kernenergie ab. Der Ton ist wenig freundlich, Lösungen entstehen kaum.

Die EVP hat erkannt, dass der wachsende Energieverbrauch und der CO₂-bedingte Treibhauseffekt einem Raubbau gleichkommen. Die Gefahr ist gross, dass die Schöpfung aus dem Gleichgewicht gerät. Zwei Strategien verfolgt die EVP:

Erstens fordert die EVP eine «clevere Energienutzung». Der

sorgsame Umgang mit Ressourcen bringt sowohl ökologische als auch ökonomische Vorteile. Im Bereich der Gebäude ist noch viel möglich. Zudem gibt es zahlreiche Produkte, die noch Energiesparpotenzial aufweisen. So wurden über viele Jahre Glühbirnen eingesetzt, die nur 5% des Stromverbrauchs in Licht umwandeln. Dann setzte eine enorme Entwicklung von Sparlampen ein. War das alles nur Idealismus, oder war es doch der Staat, der ein Verbot aussprach? Dieses Beispiel zeigt klar: Erfolgreiches Energiesparen ist möglich, wenn Bevölkerung, Staat und Wirtschaft ihren Beitrag leisten.

Die zweite Strategie der EVP fordert «erneuerbare Energien». Im Vordergrund stehen moderne Technologien für eine nachhaltige Energieherstellung. Durch eine geschickte Kombination unterschiedlicher Kraftwerke liesse sich einiges erreichen. Es sollten deshalb unterschiedliche Technologien berücksichtigt werden, von Solar- bis Windenergie. Die Grosstechnologie bringt zwar mehr Leistung, aber auch ein grösseres Investitionsrisiko. Da das Volk sogar nach dem Bau eines Kernkraftwerkes eine Inbetriebnahme verhindern kann, wie die Erfahrung eines Nachbarlandes zeigt, muss auch dieses Risiko berücksichtigt werden. Wenn also bei der Energieproduktion alle Faktoren berücksichtigt werden,

dann gibt es keine billige Energie mehr.

Lässt sich mit diesen beiden Strategien die Energieversorgung ohne Ersatz der Kernkraftwerke längerfristig sicherstellen? Die Antwort der EVP bleibt heute noch aus. Die EVP nimmt gegenüber der Kernenergie eine eher kritische Position ein und möchte lieber in erneuerbare Energien investieren. Trotzdem soll die Option «Ersatz der Kernkraftwerke» zum heutigen Zeitpunkt noch offen gehalten werden. Notwendig wäre nun die Entwicklung von Varianten aus neutraler Sicht. Sozioökonomische Studien, welche nur den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen einer Grossinvestition Kernkraftwerk aufzeigen, sind fragwürdig, solange sie nicht abklären, was die gleiche Investition für andere nachhaltige Energieerzeugung bringen würde.

Zum Schluss noch ein Gedanke: Könnte man die Energiefrage nicht noch schlauer angehen? Ein Solardach über einem Autobahnstück oder einer Gleisanlage könnte nicht nur Energie produzieren, sondern auch vor Witterung schützen und so die Sicherheit erhöhen und die Unterhaltskosten verringern. Zudem wäre es ein Lärmschutz. Mit drei Vorteilen wären die Kosten einer solchen Investition vielleicht gar nicht so gross...

EDITORIAL

Das Jahr 2011 ist das «Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit». Auch in der Schweiz sind verschiedene Aktivitäten geplant. Es wäre schön, wenn damit die Anerkennung der Freiwilligenarbeit verbessert werden könnte, denn unsere Gesellschaft ist auf die Freiwilligen angewiesen.

Dies gilt auch für die Politik mit ihren Parteien. Nur mit vielen Freiwilligen kann unser politisches System funktionieren. Es ist deshalb wichtig, die Öffentlichkeit stärker für die Bedeutung von Freiwilligentätigkeiten zu sensibilisieren. Setzen wir uns darum auch für günstige Rahmenbedingungen ein!

Dr. Roland Bialek
Präsident

PAROLEN

Kantonale Abstimmungen vom 13. Februar

Gemeindereform Aargau (GeRAG); 2. Paket
JA

Referendum
Erwerb Campus-Neubau
FHNW Brugg-Windisch
JA

Eidgenössische Abstimmung vom 13. Februar

Volksinitiative «Für den Schutz vor Waffengewalt»
JA

Das Wahljahr ist eröffnet!

Am 23. Oktober 2011 finden die National- und Ständeratswahlen statt. Die Nominierungen der EVP Aargau werden am 22. März anlässlich der Parteiversammlung erfolgen. Die *jevvp wird wiederum mit einer eigenen Liste ins Rennen steigen. Noch werden junge Leute bis 32 gesucht, die Freude und Interesse an der Politik haben und erste Wahlkampf Erfahrungen sammeln möchten. Der Regionalkoordinator der *jevvp Aargau, **Andreas Müller**, gibt dazu gerne weitere Auskünfte: andreas_mueller_jevvp@bluewin.ch oder 062 876 22 07.

40 Jahre Frauenstimmrecht

Am 7. Februar 1971 haben die Schweizer Männer im dritten Anlauf dem Frauenstimmrecht auf nationaler Ebene zugestimmt. Im Aargau haben die Frauen gleichzeitig auch auf kantonaler Ebene das Stimmrecht erhalten. Anlässlich dieses Jubiläums hat sich ein überparteiliches Komitee gebildet, welches für den 7. Februar eine Jubiläumsfeier mit einem medienwirksamen Event vor dem Grossratsgebäude geplant hat. Unter anderem ist ein grosser Fototermin mit aktuellen und ehemaligen Mandatsträgerinnen geplant. Damit soll das starke Engagement der Frauen sowie der Wille, dieses Engagement gemeinsam in die Zukunft zu tragen, symbolisiert werden. Die EVP wird mit den Grossrätinnen **Esther Gebhard** und **Lilian Studer**, welche auch im Matronatskomitee ist, vertreten sein. Neben vielen anderen werden auch **Doris Leuthard**, **Christine Egerszegi** und **Pascale Bruderer Wyss** als politische Mandatsträgerinnen vertreten sein.

Planen und Finanzieren

Anbahnen – Ausarbeiten – Ausgestalten – Ausführen

VON ESTHER GEBHARD-SCHÖNI, GROSSRÄTIN, MÖRIKEN-WILDEGG



Mit der **Gesundheitspolitischen Gesamtplanung** und der **Neuordnung der Pflegefinanzierung** hatte **Hansruedi Mettler** zwei Grossgeschäfte zu vertreten. Er äusserte sich erfreut über die Aufnahme von drei Strategien:

- Die Verpflichtung der Institutionen auf der Spital- und Pflegeheimliste, Palliative Care sicherzustellen, und die Selbstverpflichtung des Kantons, für ein angemessenes Angebot an spezialisierten Leistungserbringern zu sorgen
- Die Sorge für eine zeitgemässe und integrierte Psychiatrie und die Anerkennung des grossen Nachholbedarfs im Psychiatriebereich
- Die Verpflichtung der Institutionen auf der Spital- und Pflegeheimliste sowie der ambulanten Leistungserbringer, genügend Ausbildungsplätze und eine ausreichende Weiterbildung sicherzustellen.

Vehement aber erfolglos wehrte sich Mettler gegen das bürgerliche Ansinnen, die Entwicklung der Gesundheitskosten an das Wirtschaftswachstum zu koppeln. Im Blick auf die demografische Entwicklung sei dies gefährlich und realitätsfremd: «Meine Lieben, da können Sie die Entwicklung der Gesundheitskosten auch gleich an den Milchpreis koppeln!» **Lilian Studer** überwies einen Prüfungsauftrag, welcher fordert,

dass für die Langzeitpflege von jüngeren Patienten in dafür geeigneten Kompetenzzentren ein spezieller Leistungsauftrag erteilt werden kann.

Den **Aufgaben- und Finanzplan mit Budget 2011** vertrat **Martin Bhend**. Er hielt fest, dass der Budgetausgleich nur durch Einbezug von 53 Mio. aus der Bilanzausgleichsreserve zustande kommen konnte. Diese wurde 2009 eingerichtet, um die Finanzkrise abzufedern. Gleichzeitig wurde ein Konjunkturförderprogramm für Energieeffizienz im Umfang von 10 Mio. lanciert. Das Rechnungsjahr 2009 schloss aber mit rund 110 Mio. Ertragsüberschuss ab. Auch für das Jahr 2010 ist mit einem ähnlichen Resultat zu rechnen. Bhend kritisiert, dass die Prognose 2011 nicht entsprechend angepasst wurde und die 53 Mio. aus der Reserve bezogen werden, anstatt diesen Betrag klar als zusätzlichen Schuldenabbau zu deklarieren.

Im umstrittenen Geschäft **Umfahrung Mellingen** beantragte **Sämi Richner**, die Vorlage sei an den Regierungsrat zurückzuweisen mit dem Auftrag, das fehlende obligatorische Gutachten der Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission einzuholen. Die Unterlassung müsse im Baubewilligungsverfahren nachgeholt werden. Die EVP sprach sich für die Umfahrung Abschnitt 1 aus aber gegen den Abschnitt 2. Das Aargauer Volk wird über die Umfahrung Mellingen leider in einem Gesamtpaket entscheiden müssen.

Roland Bialek bekämpfte einen Vorstoss aus den Reihen der SP, der **der römisch-katholischen Kirche den Status einer Landeskirche** aberkennen will. Für die EVP ist die heutige Regelung des Verhältnisses von Staat und Kirche immer noch aktuell und

sinnvoll. In seinem Votum wies er darauf hin, dass viele kulturelle und soziale Tätigkeiten heute noch zu einem guten Teil von der Kirche übernommen werden.

Ferner macht für Bialek das **Zusammenlegen der Wahlen von Gross- und Regierungsrat** keinen Sinn. Es handle sich um zwei sehr unterschiedliche Formen von Wahlen. Der Grosse Rat ist primär eine Parteienwahl, die Regierungsratswahl jedoch primär eine Personenwahl. Wenn beide gemeinsam erfolgen, bringt dies eine Durchmischung. Regierungsratskandidaten werden so zu Werbeträgern der Parteien.

VORSTOESSE

Auftrag Hansruedi Mettler betreffend laufender Information der Bildungskommission über die Ausarbeitung der Lehrplaninhalte im Lehrplan 21.

Interpellationen Hansruedi Mettler betreffend Einbezug des Grossen Rats in den Erarbeitungs- und Entscheidungsprozess rund um die Ausarbeitung des Lehrplans 21 sowie betreffend Sexualpädagogik im Lehrplan 21.

Interpellation Dr. Roland Bialek betreffend Beitrag des Kantons Aargau zum Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011.

Postulat Esther Gebhard betreffend Richtplaneintrag zur Strassenverlegung beim Schloss Hallwyl. Entgegennahme.

Happige 6. IV-Revision

In der Wintersession wird traditionell das Budget behandelt. Hauptgeschäft der Session war aber zweifelsohne die IV-Revision 6a.



In der Budgetdebatte 2011 will der Nationalrat zunächst 134 Millionen **Entwicklungshilfe** streichen. Nach einigem Hin und Her setzt sich der Ständerat mit der Beibehaltung durch. Die EVP will mittelfristig eine Erhöhung von heute gut 0,4 auf 0,7%.

Marianne Streiff (EVP, BE) und Maja Ingold (EVP, ZH) lehnen die **IV-Revision 6a** ab. Damit die Eingliederung gelingen kann,

müssten die Rahmenbedingungen grosszügig sein. Doch der Nationalrat hat Quoten für die Wirtschaft abgelehnt und überall die restriktivste Lösung gewählt.

Der Nationalrat will den **CO₂-Ausstoss von Neuwagen** senken. Er hat einem indirekten Gegenvorschlag zur Offroadinitiative zugestimmt. Die EVP wollte zusätzlich, dass der Bundesrat im Fall eines Abweichens vom Ab-

senkpfad die Lenkungsabgaben erhöhen kann.

Der Nationalrat stimmt einer parlamentarischen Initiative zu, wonach die Zulassung zum **Zivildienst** zu erschweren sei. Für die EVP kommt die Wiedereinführung der Gewissensprüfung nicht infrage.

Das **Hundegesetz** scheitert nach 5-jähriger Vorarbeit und einer Subkommission unter der Leitung des damaligen EVP-Nationalrates Heiner Studer. Immerhin behalten schärfere kantonale Regeln damit ihre Gültigkeit.

Die EVP-Nationalrätinnen unterstützen 5 Ständesinitiativen aus der Westschweiz für eine **ökologisch und sozial verträgliche Lebensmittelproduktion**. Sie werden erfreulicherweise angenommen.

Kein Einheitssatz bei der **Mehrwertsteuer**. Das Prestigeprojekt von Bundesrat Merz wird zurückgewiesen. Auch die EVP will den tieferen Tarif für Lebensmittel beibehalten.

Die EVP-Nationalrätinnen unterstützen die **Steuerbefreiung des Feuerwehrosoldes**. Die Bereitschaft, während 365 Tagen im Jahr rund um die Uhr auf Pikett zu stehen und eine risikoreiche Arbeit zu verrichten, verdient Anerkennung.

Die Jugendsession hat im November einen **zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub** gefordert, finanziert aus der EO. Dies entspricht exakt der von Marianne Streiff bereits im September eingereichten Motion.

Arbeitsgruppe Sexualpädagogik

Das Bundesamt für Gesundheit will den Sexualkundeunterricht flächendeckend im Lehrplan 21 verankern. Eltern, Lehrkräfte und Fachpersonen aus verschiedenen Parteien und Organisationen haben sich deshalb in einer Arbeitsgruppe Sexualpädagogik zusammengeschlossen, um einen stufengerechten und ideologiefreien Sexualunterricht zu erreichen. Für den politischen Teil der Arbeitsgruppe liegt die Federführung bei Joel Blunier, Generalsekretär der EVP Schweiz. Der Aargauer EVP-Grossrat Hansruedi Mettler hat im November bereits 3 Vorstösse eingereicht. Er will damit sicherstellen, dass das Parlament regelmässig über den Stand der Arbeiten informiert wird und dass seine Mitsprache beim Lehrplan 21 gewährleistet ist.

EVP-Initiative für eine Erbschaftssteuer: Steuerlast gerecht verteilen – AHV erbt mit

Am 20. November 2010 hat die Delegiertenversammlung der EVP Schweiz die Geschäftsleitung beauftragt, die Lancierung einer Volksinitiative für eine Eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuer zugunsten der AHV vorzubereiten. Den endgültigen Entscheid über die Lancierung hat sich die Delegiertenversammlung für den 19. März 2011 vorbehalten.

VORSTOESSE

First place then train

Statt Betroffene mit Förderprogrammen und Kursen wieder an den Arbeitsprozess zu gewöhnen («first train then place») plädiert Nationalrätin Maja Ingold mit einer Motion dafür, beispielsweise psychisch Kranke direkt im 1. Arbeitsmarkt zu platzieren und anschliessend zu begleiten und zu qualifizieren. Dieser «first place then train»-Ansatz sei gemäss Arbeitsintegrations-Profis erfolgversprechender.

Plastikmüll im Meer

Auf den Ozeanen treiben riesige Plastikmüllteppiche, welche

Meereslebewesen gefährden und sich auch auf den Menschen auswirken können. Maja Ingold will vom Bundesrat wissen, was er dagegen unternehmen will.

Religionsfreiheit

Ebenfalls anlässlich der Fragestunde weist Maja Ingold darauf hin, dass die Religionsfreiheit in vielen Ländern missachtet und Millionen von Menschen wegen ihres Glaubens verfolgt werden. Konkret ersucht sie den Bundesrat, sich für einen iranischen Pastor einzusetzen, der wegen «Abfall vom wahren Glauben» zum Tod verurteilt worden ist.

AGENDA

4. – 6. Februar
Interlaken

Snowweekend der *jev



7. Februar, 16.30 Uhr
Grossratsgebäude Aarau
Jubiläumsveranstaltung
«40 Jahre Frauenstimmrecht»

19. März, 10 Uhr
92. ordentliche Delegierten-
versammlung der EVP Schweiz

22. März, 20 Uhr
TDS Aarau
Parteiversammlung mit No-
minationen für National- und
Ständeratswahlen

30. März, 20 Uhr
Suhr
Mitgliederversammlung
Bezirkspartei Aarau

8. April
Brugg
Generalversammlung

30. April, 9.30 Uhr
Zürich
KMU-Forum der EVP Schweiz

ABSTIMMUNG VOM 13. FEBRUAR

Schutz vor Waffengewalt!

VON HEINER STUDER, PRÄSIDENT
EVP SCHWEIZ

Die Initiative «Schutz vor Waffengewalt» will den Zugang zu Waffen in der Schweiz einschränken und so Unfälle, Suizide und Beziehungsdelikte mit tragischem Ausgang verhindern helfen. Wer künftig Waffen besitzen, tragen oder gebrauchen will, muss seinen Bedarf nachweisen und die erforderlichen Fähigkeiten mitbringen. Das Sturmgewehr soll nicht mehr zuhause, sondern im Zeughaus aufbewahrt werden. Ein nationales Waffenregister erleichtert die Prävention und Verfolgung von Verbrechen. Verantwortungsvolle Schützen, Jäger und Sammler sind von der Initiative nicht betroffen. Die Waffeninitiative bietet keine Garantien, aber verkleinert die Risiken. Aus christlicher Ver-

antwortung heraus ist für mich der Schutz des Lebens zentral. Jede Waffe weniger hilft diesem Grundanliegen. Denn zahlreiche Studien belegen: Je mehr Schusswaffen im Umlauf sind, desto öfter kommt es im Affekt zu Morden und Suiziden. Weniger Waffen bedeuten mehr Sicherheit, tödliche Kurzschluss-handlungen können verhindert werden.

Wer sich in einer akuten Krise umbringen will, für den ist der Griff zur Schusswaffe naheliegend. Rund ein Drittel aller Suizide von Männern erfolgt mit einer Schusswaffe, bei den Frauen sind es 3,4 Prozent. Parallel zur Abnahme von Schusswaffen in der Schweiz ging auch die Zahl der Suizide mit einer Waffe zurück. Doch noch immer töten sich nirgends so viele Menschen, indem

sie sich erschossen, wie in der Schweiz und in den USA. Dies hängt mit der leichten Verfügbarkeit und der hohen Waffendichte in diesen Ländern zusammen. Experten gehen davon aus, dass in der Schweiz mit einem erschwerten Zugang zu Schusswaffen jährlich bis zu 100 Suizide verhindert werden könnten.

Die Gegner der Initiative sehen darin das Ende der Schweizer Milizarmee. Dem ist mitnichten so. Grund zur Besorgnis sind weniger die rund 200 000 Armeewaffen von Dienstpflichtigen, sondern die rund anderthalb Millionen Gewehre und Pistolen, die Soldaten beim Ausscheiden aus der Armee überlassen wurden. Sie haben keine militärische Aufgabe mehr, aber stellen nach wie vor ein Risiko dar.

Als Mitglied des Initiativkomitees habe ich der Delegiertenversammlung vom 20. November in Murten mit Überzeugung Zustimmung zur Waffeninitiative beantragt. Sie hat mit 83 zu 14 Stimmen eine deutliche Ja-Parole beschlossen.

MITARBEITER

Wechsel im Parteisekretariat

**Therese Dietiker hat als erste Parteisekretärin der
EVP Aargau das Sekretariat zehn Jahre lang geführt.
Ihre Nachfolgerin heisst Esther Manitta-Wöhrle.**



Die 38-jährige Familienfrau wohnt mit ihrem Mann Giuseppe und den beiden Söhnen Marco (2004) und Matteo (2006) in Zofingen. Vor der Geburt ihrer Kinder unterrichtete sie als Bezirks-

lehrerin in Zofingen Deutsch, Mathematik und Geschichte. Nun freut sie sich auf die neue Herausforderung im Parteisekretariat, welches sie in einem 20%-Pensum führen wird.

In ihrer Freizeit spielt Esther Manitta sehr gerne Klavier zusammen mit ihrer Lobpreisband in der EMK Zofingen. Wann immer möglich nimmt sie sich Zeit zum Lesen und schätzt gute Gespräche mit Freunden bei einem Glas Wein.

Die EVP Aargau heisst Esther Manitta herzlich willkommen und wünscht ihr alles Gute!

IMPRESSUM

Redaktion
EVP-Sekretariat, Postfach 1232, 4800 Zofingen

Herausgeber
Evangelische Volkspartei Aargau

Abonnement
mindestens 15 Franken pro Jahr

Erscheinungsweise
vierteljährlich

Internet
www.evp-ag.ch

E-Mail Sekretariat
sekretariat@evp-ag.ch

Inserate, Adressverwaltung
EVP-Sekretariat, Postfach 1232, 4800 Zofingen
Telefon 062 558 89 77

Realisation und Druck
Jordi AG – das Medienhaus, 3123 Belp
www.jordibelp.ch

Auflage
7300 Exemplare